

ANALYSE

Riesen-Streit ums Rentenpaket! Diese drei Grafiken zeigen, worum es beim Krach zwischen Alt und Jung geht



Der Streit um das Rentenpaket spaltet die Regierung.

10.11.2025 - 23:05 Uhr



JULIUS BÖHM

Die schwarz-rote Bundesregierung steht vor dem nächsten Streit, der das Potenzial hat, die Koalition platzen zu lassen: das Rentenpaket.

In der einen Ecke steht die SPD mit ihrem Herzensthema. Sie hat es in den Koalitionsverhandlungen geschafft, die Rente – abseits der explodierenden Kosten – bis 2031 gesetzlich auf einem Niveau von 48 Prozent des Durchschnittslohns zu verankern. Auf der anderen Seite steht die „Junge Gruppe“ der CDU/CSU-

Bundestagsfraktion, die den von SPD-Sozialministerin Bärbel Bas vorgelegten Gesetzentwurf für „nicht zustimmungsfähig“ hält, weil darin versteckte Zusatzkosten von knapp 120 Milliarden Euro stecken – Experten gehen sogar von noch höheren Kosten aus. Während sich Bundeskanzler Friedrich Merz auf die Seite der SPD geschlagen hat, schließen sich immer mehr Abgeordnete von CDU und CSU den jungen Parteikollegen an – unter anderem auch Wirtschaftsministerin Katherina Reiche.

NIUS erklärt anhand von drei Grafiken, wo die Streitpunkte liegen – und warum das Rentensystem in Deutschland massiv unter Druck steht.

Die 480-Milliarden-Euro-Bombe

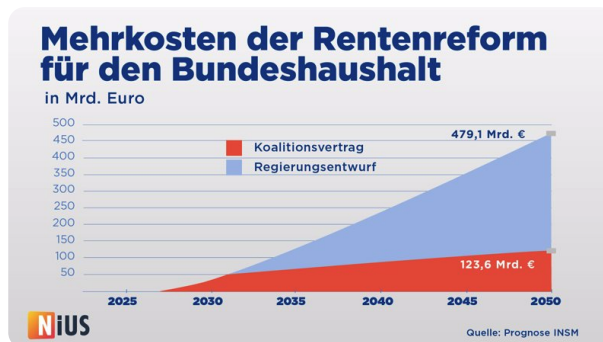
Schon heute reichen die Rentenbeiträge der 34,9 Millionen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Deutschland hinten und vorne nicht, um die Rente zu finanzieren. Allein in diesem Jahr muss der Bund 122,5 Milliarden Euro an Steuergeld zuschießen – knapp ein Viertel des Bundeshaushalts. Schon die Einigung von Union und SPD, das Rentenniveau bis 2031 zu fixieren, wird diesen Steuerzuschuss ebenso wie die Rentenbeiträge unweigerlich weiter in die Höhe treiben.

Den jungen Abgeordneten von CDU und CSU ist im Gesetzentwurf von SPD-Sozialministerin Bärbel Bas jedoch etwas aufgefallen: Sie sehen in dem SPD-Vorschlag das „teuerste Sozialgesetzbuch dieses Jahrhunderts“, weil bis zum Jahr 2050 Zusatzkosten von mehr als 120 Milliarden Euro entstünden.



Junge Union-Chef Johannes Winkel ist der Hauptgegner des Rentenpakets.

Es geht um die Frage, ob ab dem Jahr 2032 das Rentenniveau des Vorjahres (also 48 Prozent) zur Berechnung der Rente zugrunde gelegt wird – oder eben jenes Rentenniveau, das ohne das Rentenpaket der schwarz-roten Bundesregierung gelten würde: nämlich das, das anhand des von Gerhard Schröder eingeführten Nachhaltigkeitsfaktors nur 47 Prozent beträgt. Die „Junge Gruppe“ sieht durch den Koalitionsvertrag die erste Variante nicht gedeckt und will das Rentenniveau ab 2032 neu politisch verhandeln.



Wie ein Gutachten der Prognos AG im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zeigt, könnten die Zusatzkosten für den Bundeshaushalt noch deutlich stärker steigen, als die jungen Abgeordneten der Union vermuten. Bis zu 480 Milliarden Euro an Mehrkosten könnten es demnach bis 2050 sein – also rund 20 Milliarden Euro zusätzlich zu den ohnehin steigenden Kosten, Steuerzuschüssen und Beitragssätzen.

Während sich Bundeskanzler Friedrich Merz laut Bild auf die Seite der SPD geschlagen haben soll, stellt sich Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche gegen Kanzler und Koalitionspartner. Gerechtigkeit bedeute, „dass die ältere Generation nicht alle Ressourcen für sich beansprucht – sonst verliert die junge Generation das Vertrauen in das Leistungs- und Aufstiegsversprechen.“ Weiter sagte Reiche in ihrer Grundsatzrede am Montag: „Nun erwarten wir, dass die junge Generation das alles stemmt, ohne die Verteilung zwischen den

Generationen anzupassen – einer Generation, die als erste nach dem Krieg erwartet, dass es ihr schlechter gehen wird als ihren Vorgängern. Das kann nicht klappen!“

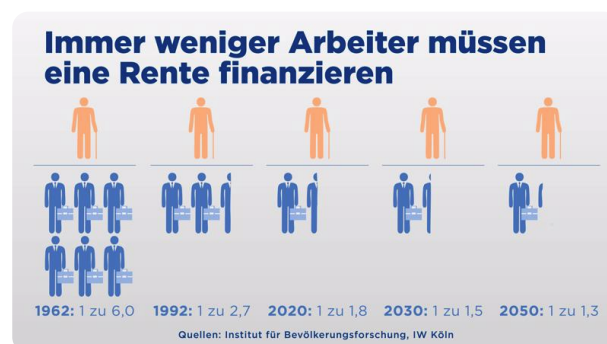
Die unmissverständliche Botschaft: Der SPD-Vorschlag zum Rentenpaket ist eine einseitige Belastung der jüngeren Generation.



Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU)

Immer weniger Menschen müssen immer längere Rentenbezüge finanzieren

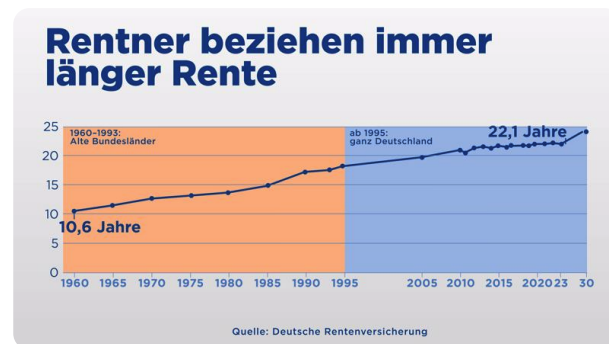
Dass das Rentensystem spätestens durch den demografischen Wandel und den Renteneintritt der Babyboomer kippen würde, ist seit Jahrzehnten hinlänglich bekannt und leicht zu berechnen. Und doch machen zwei Zahlen bzw. Entwicklungen diesen Fakt umso deutlicher:



In den sechziger Jahren haben sechs sozialversicherungspflichtige Beschäftigte gemeinsam die Rente eines Rentners gestemmt. Diese 6:1-Quote ist in den vergangenen

Jahrzehnten rapide abgeschmolzen. In den Neunzigern waren es nicht einmal mehr drei Arbeitnehmer, die mit ihren Beiträgen eine Rente finanzierten. Heute sind es schon weniger als zwei – und in fünf Jahren werden laut dem Institut für Bevölkerungsforschung und dem IW Köln nur noch 1,5 Arbeitnehmer eine Rente finanzieren müssen; zwei Jahre später dann nur noch 1,3.

Zu diesem demografisch unweigerlichen (und, wie gesagt, seit Jahrzehnten bekannten) Fakt kommt eine weitere Realität hinzu, die für sich genommen eigentlich positiv ist, der Stabilität des Rentensystems aber weiter zusetzt: Die Lebenserwartung in Deutschland steigt.



Und die steigende Lebenserwartung sorgt dafür, dass die Rentenbezugsdauer – also die Zeit, in der Rentner ihre Rente beziehen – im Durchschnitt immer weiter steigt. Seit der Wende allein ist die Rentenbezugsdauer von 18 auf mehr als 22 Jahre angewachsen. Heißt: Rentner haben im Mittel länger etwas von ihren eingezahlten Beiträgen. Heißt aber auch: Der Gesamtbetrag für einen Rentner, den immer weniger Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen erwirtschaften müssen, wächst.

Wenigstens die jungen Abgeordneten von CDU und CSU scheinen all diese Entwicklungen erkennen zu wollen und daraus politische Handlungen abzuleiten. Die „Junge Gruppe“ umfasst insgesamt 18 Abgeordnete. Sie allein könnten das Rentenpaket blockieren, da die schwarz-rote Bundesregierung nur zwölf Stimmen mehr hat, als zur parlamentarischen Mehrheit notwendig sind. Und weitere Unionsabgeordnete scheinen sich nach und nach dazuzugesellen.